



Medienmitteilung

9 . M a i 2 0 1 9

Gemeinsame Polizeieinsatzzentralen sind wieder ein Thema

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz hat sich an ihrer 104. Plenarversammlung vom 9. Mai 2019 in Pfäffikon/SZ unter Konferenzpräsident Regierungsrat Othmar Reichmuth, SZ, mit der Idee von gemeinsamen Polizeieinsatzzentralen auseinandergesetzt. Sie hat sich zudem im Rahmen eines Erfahrungsaustausches über die Auswirkungen der Konzentration der Printmedien unterhalten. Im Übrigen liess sich die Konferenz über den Stand wichtiger Zusammenarbeitsprojekte informieren.

Gemeinsame Polizeieinsatzzentralen

Mit dem Projekt VISION 2025 wollen die die Zentralschweizer Kantone die Idee gemeinsamer Einsatzzentralen nochmals prüfen. Das Thema war schon vor 15 Jahren Teil des Projekts Pol XXI, fand damals aber keine Mehrheit. Ein beachtliches Synergiepotential und die veränderten Rahmenbedingungen, wie die seit 2010 geltende schweizerische Strafprozessordnung, sind neben dem Bedürfnis der weiteren Intensivierung der Polizeizusammenarbeit die Hauptgründe für ein solches Projekt. Die Plenarversammlung liess sich aus erster Hand über die vorgeschlagene dreijährige Konzeptphase informieren. Die Realisierung wäre im besten Fall im Jahr 2025 möglich. Ob ein Konzeptauftrag erteilt wird, werden die sechs Regierungen nun je einzeln prüfen.

Konsolidierung der Printmedien

Im Verlauf der letzten Monate liessen verschiedene Zusammenschlüsse und joint ventures in der Medienlandschaft aufhorchen. Nachdem sich die Versammlung an der letzten Zusammenkunft über die aktuelle Entwicklung im Bereich der Printmedien informieren liess, hat sie einen Erfahrungsaustausch über die Auswirkungen in den einzelnen Kantonen gepflegt. Die Rahmenbedingungen sind in den Kantonen unterschiedlich, weshalb auch die Auswirkungen von Kanton zu Kanton stark divergieren. Gestützt auf diesen Erfahrungsaustausch will sich die Zentralschweizer Regierungskonferenz einerseits in die gesamtschweizerische Diskussion eingeben und andererseits selber Lösungsansätze für die Medienpolitik erarbeiten.

Informationen zu aktuellen Zusammenarbeitsprojekten der ZRK

Die Konferenz wurde zudem über den Stand der Arbeiten der Winteruniversiade Luzern-Zentralschweiz 2021, zum Besuch der Fête des Vignerons in Vevey vom 27. Juli 2019 sowie über verschiedene Projekte im Bereich der Zentralschweizer Interessenvertretung informiert. Aktuell führen die Zentralschweizer Kantone 36 Zusammenarbeitsprojekte mit unterschiedlichem Umfang und Intensität.

Weitere Auskünfte:

Regierungsrat Othmar Reichmuth, Präsident der ZRK; Telefon 041 819 25 15

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz

ist ein 1966 gegründeter Zusammenschluss der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug. Die Kantone Zürich, Aargau und Tessin sind assoziierte Mitglieder der Konferenz. Die als Plattform für die interkantonale Zusammenarbeit gegründete Konferenz trifft sich jährlich zu zwei Plenarversammlungen. Im ZRK-Ausschuss, in den sieben Zentralschweizer Direktorenkonferenzen und in der Staatsschreiberkonferenz werden aktuelle Geschäfte beraten und Zusammenarbeitsprojekte lanciert. In Fachkonferenzen auf Verwaltungsebene werden die einzelnen Geschäfte operativ vorbereitet und umgesetzt. Die interkantonale Kooperation in der Zentralschweiz soll jene Bereiche, die für die Attraktivität der Zentralschweiz als Lebens- und Wirtschaftsraum wichtig sind, stärken und die Interessen der Zentralschweizer Kantone in der Bundespolitik und im Metropolitanraum Zürich stark und nachhaltig vertreten.

Weitere Informationen siehe www.zrk.ch.